

Gegen vorgezogenen Bahnausbau im Tösstal

Parlament lehnt Initiative «Halbstündliche S-Bahn für alle» klar ab

Der Kantonsrat will den flächendeckenden Halbstundentakt der S-Bahn bis in zehn Jahren realisieren, jedoch ohne starre Fristen im Gesetz festzuschreiben, wie das ein Volksbegehren verlangt.

sho. Die 2007 eingereichte Initiative «Halbstündliche S-Bahn für alle» fordert eine Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personenverkehr. Demnach soll spätestens drei Jahre nach einer Annahme jede Station im Netz der Zürcher S-Bahn halbstündlich bedient werden. Der Regierungsrat und die Mehrheit der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (Kevu) lehnen das Begehren ab. Sie stellten ihm als indirekten Gegenvorschlag eine Änderung der Angebotsverordnung gegenüber. Demnach soll in Niederglatt (S 5) und auf der Linie Winterthur–Stein am Rhein (S 29) bei Vollendung der Durchmesserlinie Zürich ab 2016 die S-Bahn halbstündlich verkehren. Im Tösstal von Bauma bis Rüti ist das erst ungefähr 2018 möglich, weil nach Angaben von SBB und ZVV zuvor der Bahnkorridor Flughafen–Winterthur zu erweitern ist.

Teure «Subito-Lösung»

Kevu-Präsident Ruedi Menzi (svp., Rüti) rechnet am Montag im Rat vor, die vorgezogene Einführung des Halbstundentakts auf den Linien S 29 und S 26 verursache Investitionen im Umfang von rund 50 Millionen Franken, die beim geplanten, späteren Vollausbau teilweise sinnlos würden. Er sprach von einer teuren «Subito-Lösung». Martin Mossdorf (fdp., Bülach) betonte, mit dem Gegenvorschlag werde ein halbstünd-

liches Angebot in nützlicher Frist nahezu umgesetzt. Willy Germann (cvp., Winterthur) lehnte «auch als Verfechter des öffentlichen Verkehrs» die zusammenhangslosen Forderungen der Initiative ab. Auch eine SP-Minderheit stimmte Nein. Es gebe nun einmal kein Grundrecht auf einen Halbstundentakt, so Ruedi Lais (sp., Wallisellen).

Die Befürworter der Initiative argumentierten vor allem mit der Gerechtigkeit. Es gehe nicht an, sich am Wein des Viertelstundentakts zu laben und andere aufzufordern, mit Wasser vorliebzunehmen, sagte Marcel Burlet (sp., Regensdorf). Noch immer sei nicht klar, wann der Bund den vorgesehenen Ausbau auf dem Korridor Flughafen–Winterthur vornehme, meinte Robert Brunner (gp., Steinmaur). Andere Befürworter stellten in Frage, ob die Erhöhung der Kapazität auf diesem Nadelöhr nötig sei, um das Bahnangebot auf den östlichen Zubringerlinien nach Winterthur zu verdichten. Mehrere Mitinitianten erklärten wie Susanne Rihs (gp., Glattfelden) und Patrick Hächler (cvp., Gossau), die Initiative werde nicht zurückgezogen.

Wenig sinnvolles Konzept

Volkswirtschaftsdirektorin Rita Fuhrer erklärte, beim öffentlichen Verkehr jammere man im Kanton Zürich auf hohem Niveau. Ein vorgezogener Ausbau des Angebots sei nicht machbar, weil vorerst noch die Kapazität fehle, um die Züge über Winterthur hinaus weiterzuführen. Das Ergebnis wäre ein wenig sinnvolles Fahrplankonzept. Der Rat nahm die Angebotsverordnung mit 168 zu einer Stimme an. Darauf lehnte er die Volksinitiative mit 118 zu 49 Stimmen ab.

Weiterer Bericht aus dem Kantonsrat Seite 43